

## Die jüngste Neuentdeckung der ewig bitter-süßen USA

*Leggewie, Claus: America First? Der Fall einer konservativen Revolution, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1997, 319 S., DM 19,90.*

Die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1996 lagen noch keine sechs Wochen zurück, da erschien – rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft – bereits die angezeigte Bilanz der 96er-Wahl. Leggewie, kein Freund intellektueller Selbstbescheidung, ist ein Vielschreiber, einer der wenigen deutschen Politikwissenschaftler, die – erfreulicherweise – auch publizistische Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen wissen. Seit etwas mehr als einem Jahr am Center for European Studies der New York University lehrend, nutzte Leggewie die Gelegenheit, sich auch mit diesem Thema zur Diskussion zu stellen. Es überrascht keineswegs, daß der Autor von „Multikulti“ und „Die 89er“ in seinem neuen Buch „America First?“ mehr beansprucht, als nur eine politische Bestandsaufnahme nach den Wahlen zu liefern. Er diagnostiziert zugleich Höhepunkt und „Fall einer konservativen Revolution“. Und weil Amerika „immer noch exzeptionell“ ist und „dem Rest der Welt ein Bild seiner Zukunft“ zeigt, prophezeit Leggewie nicht nur den Amerikanern das Ende der konservativen Ära und das mögliche Auftauchen einer „neoprogressiven Bewegung“, sondern auch den Europäern. Schwärmerisch endet Leggewie sein Buch mit dem Ausblick, daß „eine neue Debatte über universale Rechte, Gleichheit und Gerechtigkeit nach Europa herüberschwappen“ könnte – wobei er allerdings selbst einräumt, daß es sich hierbei nur zur Hälfte um „gelehrte Extrapolation“, zur anderen Hälfte um „freies Wunschdenken“ handelt.

Der Schwerpunkt des Buches liegt jedoch nicht im Bereich politischer Phantasie, sondern widmet sich durchaus handfesten politischen Erscheinungen des Amerikas der neunziger Jahre. Leggewie liefert eine fundierte Beschreibung und Analyse der „konservativen Revolution“, die auch in der Zeit nach Reagan und Bush nicht zum Stillstand gekommen ist. Für sie, für die „Restauration als Revolution“, verwendet er den treffenden Begriff vom Oxymoron, der Zusammenstellung zweier sich widersprechender Begriffe in einem. Es ist die Ironie der ersten Amtszeit Clintons – das arbeitet Leggewie überzeugend heraus –, daß er die konservative Revolution, die er zu verhindern angetreten war, vollendet hat. Das Design des Buches trägt dieser Tatsache Rechnung: Es beginnt mit einem Überblick über die gesetzgeberische Bilanz Clintons, die eindrucksvoll unter Beweis stellt, daß den Konservativen unter der Ägide des Demokraten Clinton gelungen ist, woran sie zu Zeiten Reagans und Bushs noch gescheitert waren: Das Wohlfahrtssystem des Bundes existiert praktisch nur noch auf dem Papier; die Förderprogramme für Schwarze und Frauen stehen unter Beschuß; immer mehr Einzelstaaten kriminalisieren die Abtreibung; und der Kampf gegen Drogen, gegen Kriminalität und für ein „tugendhaftes“ Amerika wird mit immer repressiveren Mitteln ausgefochten – wie auch der Kampf gegen illegale Einwanderer. Sogar das „jūs soli“, das alle in Amerika geborenen Personen automatisch zu Staatsbürgern macht und seit Mitte des 19. Jahrhunderts der Eckpfeiler der amerikanischen Einwanderergesellschaft ist, steht zur Disposition. Clinton hat sich, nachdem er mit der Gesundheitsreform gescheitert war und die Reform der Alterssicherung auf die lange Bank schieben mußte, auf Drängen seines inzwischen über eine Sex-Affäre gestrauchelten politischen Beraters Dick Morris der konservativen Agenda beinahe vollständig anverwandelt, um seine Wiederwahl zu sichern.

Nach diesem Präludium, das gleichsam die oberflächliche Erfolgsbilanz der konservativen Revolution beschreibt, dringt Leggewie von Kapitel zu Kapitel tiefer in seinen Gegenstand ein. Er skizziert die beiden großen politischen Protagonisten der Republikanischen Partei in den neunziger Jahren – den „bissigen“ Newt Gingrich, den eigentlichen „Antreiber“ der konservativen Revolution auf der politischen Bühne, und den ehrwürdigen Ex-Senator Robert Dole, der als Präsidentschaftskandidat einer inzwischen radikalisierten Republikanischen Partei eine eigentümliche Figur machte. Näher ans Epizentrum des Erdbebens der konservativen Revolution, von der Gingrich und Dole nur die politischen Abziehbilder sind, gelangt der Autor, wenn er sich Ross Perot und Pat Buchanan, den beiden Hauptrepräsentanten der „populistischen Revolte“, widmet. Pat Buchanan, den Leggewie mit den Worten

Richard Hofstadters als den vorläufig letzten Vertreter des „paranoiden Stils in der amerikanischen Politik“ charakterisiert, hat den Schlachtruf „America first“, der dem Buch den Titel gab, zu seinem Wahlkampflogan gemacht. *Buchanan*, aber lange nicht er allein, ist der schlagende Beweis für *Leggiewies* unterstützenswerte These, daß „der grassierende Populismus, der schlechte Politiker attackiert und sie massenhaft hervorbringt, (...) das Politische (zerstört)“.

*Leggiewie* – und er ist schon lange nicht mehr der einzige „Alt-68er“, der solches von sich hören läßt – hat sein Buch in „bewußter und höchst altmodischer Staatsfreundschaft, (*Dolf Sternberger*) geschrieben“, wie er selbst sagt: „Nicht Big Government, sondern schlechte Regierung ist das Problem; und ‚Small Government‘ ist keine Lösung, vielmehr heißt sie: bessere Regierung.“ Sein leidenschaftliches Plädoyer für die Rettung eines „besseren“ Wohlfahrtsstaates wird vollends verständlich, wenn man ins Herz der sozialen Bewegung schaut, die sich die Rückkehr zum republikanischen Amerika *Tocquevillescher* Tage auf die Fahnen geschrieben hat: die Christliche Rechte, in der sich in den USA fast ausschließlich die protestantischen Denominationen vereinigen. Sie ist der eigentliche gesellschaftliche Motor hinter der konservativen Revolution der letzten zwei Jahrzehnte. Die Christliche Rechte, politisch vor allem organisiert in der „Christian Coalition“ unter Führung von *Pat Robertson* und *Ralph Reed*, ist mittlerweile die stärkste „grassroots“-Bewegung in den USA und kontrolliert etwa drei Fünftel der einzelstaatlichen Parteiorganisationen der Republikaner. Die Christliche Rechte hat in den letzten Jahren die Agenda der politischen Diskussion in den USA bestimmt und insbesondere die „morality issues“ ins Zentrum der Debatte gerückt. Sie kämpft für ein „sauberes Amerika“, in dem der Nationalflagge und der Religion wieder Respekt gezollt werden. Abtreibungsverbot, Schulgebet, „family values“, protestantisches Arbeitsethos, Kampf gegen sexuelle Freizügigkeit, Drogen, Kriminalität und illegale Einwanderer stehen auf ihrem Programm. *Leggiewie* zeigt, daß heute kein Republikaner mehr Kandidat für ein nationales Amt werden kann – auch *Robert Dole* konnte dies nicht –, ohne politische Zugeständnisse an das Programm der Christlichen Rechten zu machen. Die akute Gefahr der Christlichen Rechten für den Verfassungskonsens der USA, zu dem an prominenter Stelle die Trennung von Religion und Politik gehört, wird in der Regel überschätzt. *Leggiewie* argumentiert überzeugend, wenn er feststellt, daß die Christliche Rechte „einen ähnlichen Zyklus wie klassische soziale Bewegungen“ durchläuft: Angefangen als sektiererischer Protest auf sich selbst bezogener Gemeinschaften gelang den religiösen Gruppen in den siebziger und achtziger Jahren ein erster nationaler Mobilisierungsschub, als erzkonservative Parteiaktivisten der Republikaner das Wählerpotential der „schweigenden Mehrheit“ für sich entdeckten. Im Jahre 1979 veranlaßten *Paul Weynich*, der Anfang der siebziger Jahre die mächtige „Heritage Foundation“ gegründet hatte, und *Paul Viguere*, ein ehemaliger Wahlberater *Barry Goldwaters*, die Gründung der „Moral Majority“. An deren Spitze setzten sie den bis dahin weithin unbekanntem Baptisten-Pfarrer *Jerry Falwell* aus Virginia. Mit dem Wahlsieg *Ronald Reagans* hatte die Christliche Rechte ihre Hauptfunktion aus Sicht der republikanischen Parteiaktivisten aber erfüllt. Die „Moral Majority“ mußte feststellen, daß sie als Wahlhelfer zwar gefragt war, daß ihre radikalen politischen Forderungen aber bei *Reagan* kein Gehör fanden. Die Christliche Rechte geriet in eine Krise, die durch Sex- und Finanzaffären prominenter „televangelists“ wie *Jim Bakker* und *Jimmy Swaggart* noch verschärft wurde. Der vorläufige Tiefpunkt des Niedergangs der Christlichen Rechten war erreicht, als der skurrile Fernsehprediger *Pat Robertson* 1988 mit seiner Präsidentschaftskandidatur kläglich scheiterte und die „Moral Majority“ sich im darauffolgenden Jahr auflöste.

Das Jahr des scheinbar endgültigen Debakels der Christlichen Rechten erwies sich aber von heute aus gesehen als der eigentliche Startpunkt ihres politischen Aufstiegs. Die radikalen Fernsehprediger, die mit reichlich verworrenen und nicht selten antisemitischen Äußerungen die amerikanische Öffentlichkeit beunruhigt hatten, traten von der politischen Bühne ab und machten den Platz frei für ihre, wie sich zeigen sollte, gemäßigeren Nachfolger. *Pat Robertson* gründete zwar 1989 noch die „Christian Coalition“, wurde aber alsbald von seinem jugendlich-adretten Exekutivdirektor *Ralph Reed* ins politische Abseits gedrängt. *Reed*, sozusagen der „Realo“ der Christlichen Rechten, versucht seither mit beachtlichem Erfolg, die Christliche Rechte vom Odium des Rassismus und Antisemi-

tismus zu befreien und für breite Bevölkerungsschichten attraktiv zu machen. Er hat seiner Organisation eine breitere Themenpalette verschrieben und ihr ein moderateres und kompromißbereiteres Image verpaßt – alles unter der Prämisse seiner „Entrismus“-Strategie nach dem Motto: „If you can't beat them, join them“. Zu dieser realpolitischen Strategie zählt auch *Reeds* Versuch, die „Christian Coalition“ für Katholiken, Juden und für die Kirchen der Schwarzen zu öffnen. So erfolgreich *Reed* mit seiner Professionalisierungs- und Modernisierungsstrategie im allgemeinen war – *Leggewie* bezeichnet die „Christian Coalition“ mit Recht als *das* „Political Action Committee“ der Republikanischen Partei –, so unausweichlich trifft sie doch das Dilemma aller sozialen Bewegungen: Mit dem Eindringen in das Innere des politischen Systems steigern sie zwar ihre politische Wirkung, als soziale Bewegung aber riskieren sie die Entfremdung ihrer fundamentalistischen Basis und damit ihr Ende. Auf dem Wahlparteitag der Republikaner 1996 zeichnete sich diese Tendenz bereits ab. Hinter den Kulissen sehr erfolgreich, spielten die Aktivisten der „Christian Coalition“ auf der öffentlichen Bühne so gut wie keine Rolle mehr.

Eine Analyse der konservativen Revolution wäre unvollständig, würde sie nicht auch ein Wort verlieren zu den militanten Aktivisten, die im Dunstkreis der radikalen Rechten operieren. Zu den beunruhigendsten Erscheinungen im Amerika der letzten beiden Jahrzehnte gehört die eigentümliche Nähe der konservativen Gedankenwelt zu den Hirngespinnsten der rechten Milizen, der „Freemen“. Natürlich distanzieren sich die etablierten Konservativen empört von den militanten „Volkserhebungen“ oder terroristischen Anschlägen, für die Namen wie Waco, Oklahoma oder Justus Township stehen. Auch mit den Brandanschlägen auf die Kirchen der Schwarzen im Süden der USA oder mit den Attacken gegen Abtreibungsärzte, wie sie die „Operation Rescue“ verfolgt, wollen die etablierten Konservativen nichts zu tun haben. Auffällig ist aber, daß sich deren Abgrenzung allein auf die Wahl der Mittel – und auch hier nur halbherzig – beschränkt, während sie mit den Ideen der paramilitärischen Rechten durchaus konform gehen. Dies verweist auf Besonderheiten der politischen Kultur Amerikas, zu der an prominenter Stelle die „Staatsfeindschaft“ des amerikanischen Konservatismus zählt. Während europäische Konservative bei ihrem Blick zurück meist das Ideal eines starken, den gesellschaftlichen Pluralismus transzendierenden Staates im Kopf haben, blicken amerikanische Konservative auf den Mythos des „Westward I Go Free“ (*Henry David Thoreau*) zurück. *Leggewie* hebt vier zentrale Überschneidungen in der Ideologie der Milizen und des konservativen Mainstream hervor, die allesamt im Ideal der freien Siedlergemeinschaft wurzeln: den uneingeschränkten Waffenbesitz, die freie Verfügung über Grund und Boden („My Private Idaho“), die Steuerrebellion und das Recht der Eltern, ihren Kindern eine von staatlicher Bevormundung freie Schulerziehung angedeihen zu lassen. Die im Vergleich zum europäischen Konservatismus größere Militanz der amerikanischen Konservativen, denen es gelegentlich an der nötigen Distanz zu rassistischem und faschistischem Gedankengut mangelt, erklärt *Leggewie* auch damit, daß die amerikanische Rechte nicht das Trauma des Faschismus erlitt.

Das vielleicht wichtigste Kapitel des Buches widmet sich der neokonservativen „counterintelligentsia“, die mittlerweile ein beachtliches Netzwerk von Radiostationen, Zeitschriften, Denkfabriken, Stiftungen und Instituten aufgebaut hat. Insbesondere bei den Printmedien kann von der oft beklagten Vorherrschaft der liberalen Presse keine Rede sein. *Leggewie* spricht von einem „intellektuell-industriellen Komplex“, dessen Existenz zwar „einigermaßen transparent“, in der Öffentlichkeit aber nichtsdestotrotz „weitgehend tabuisiert“ sei. Das Wirken dieses neokonservativen Gegen-Establishments, dem es nicht um den ernsthaften geistigen Disput, sondern allein um das unverantwortliche Vorantreiben ihres politischen Einflusses gehe, vermag *Leggewie* nur mit *Julien Bendas* Schlagwort vom „Verrat der Intellektuellen“ zu charakterisieren.

An zwei Lieblingsthemen neokonservativer Publikationsorgane versucht *Leggewie*, seine Verratsthese zu exemplifizieren: an den alleinerziehenden „Wohlfahrtsmüttern“ und am Kampf gegen homosexuelle Ehepaare. Zu überzeugen vermag nur das erste Beispiel: Es entbehrt in der Tat jeder intellektuellen Redlichkeit, die alleinerziehenden, auf das staatliche Wohlfahrtssystem angewiesenen Mütter für soziale Übel wie Kriminalität, Drogenmißbrauch oder Armut verantwortlich zu machen, wie

dies etwa *William Bennett* und *Charles Murray* getan haben. Nicht nachzuvollziehen sind allerdings die krassen Worte, die *Leggewie* für diejenigen Konservativen findet, die gegen homosexuelle Eheschließungen protestieren. Darin eine „jakobinische“ Haltung zu erblicken, die mit dem „Totalitarismus“ spielt, ist selbst gefährlich nahe am „Verrat der Intellektuellen“. Es mag ja durchaus sein, daß die konservativen Tugendapostel, die gegen die Homosexuellen-Ehe zu Felde ziehen, ihrerseits alles andere als moralische „Saubermänner“ sind – das aber muß ihr Argument nicht entkräften. Das Gleiche gilt für das in *Leggewies* Augen „verflixte ‚Charakter‘-Argument“, das seiner Ansicht nach den liberalen Grundkonsens, der sinnvollerweise die private Moral aus der Politik heraushalte, infrage stellt. Dem ist entschieden entgegenzuhalten, daß es das unpolitische Idyll privater Moral, so gern *Leggewie* dies auch hätte (dort, wo es ihm ins Konzept paßt), nicht gibt.

Patrick Horst